# Abdruck

# **Niederschrift**

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg von Montag, den 30.07.2012, im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

> Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr Ende der Sitzung: 17:25 Uhr

## Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 17:25 Uhr bis 17:35 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

#### Anwesend waren:

#### Kreistagsmitglieder

Herr Dietmar Andre

Frau Marion Becker bis 16:30 Uhr?

Herr Karlheinz Bein Herr Michael Berninger Herr Walter Berninger

Herr Joachim Bieber bis 17:10 Uhr

Herr Helmut Demel

Frau Sonja Dolzer-Lausberger

Herr Erwin Dotzel Frau Ellen Eberth

Herr Hermann-Josef Eck

Herr Roland Eppig bis 17:00 Uhr Herr Dr. Hans Jürgen Fahn bis 17:20 Uhr

Frau Emma Fichtl Herr Bruno Fischer Frau Rita Follner

Herr Ulrich Frey bis 17:10 Uhr

Herr Boris Großkinsky

Herr Michael Günther bis 17:20 Uhr

Frau Birgit Hotz Herr Dr. Heinz Kaiser Frau Claudia Kappes Herr Ferdinand Fritz Kern Herr Reinhold Köhler

Herr Thomas Köhler bis 17:10 Uhr

Frau Hannelore Kreuzer

Herr Erich Kuhn Herr Edwin Lieb

Herr Dr. Heinz Linduschka

Herr Peter Maurer

Herr Thorsten Meyerer bis 17:25 Uhr Frau Petra Münzel bis 17:22 Uhr

Herr Karl-Joachim Oberle Herr Günther Oettinger Herr Jürgen Reinhard Herr Ludwig Ritter Herr Berthold Rüth

Herr Jens Marco Scherf

Herr Otto Schmedding

Herr Peter Schmitt

Herr Steffen Scholz bis 17:00 Uhr

Herr Bernd Schötterl Frau Monika Schuck Herr Kurt Schumacher

Herr Dr. Ulrich Schüren Herr Manfred Schüßler Frau Juanita Schwaab

Herr Reinhard Simon

Herr Hermann Spinnler bis 17:10 Uhr Herr Erich Stappel bis 17:00 Uhr

Frau Anne Tulke Herr Dr. Rainer Vorberg Herr Roland Weber Frau Ruth Weitz

# Entschuldigt gefehlt haben:

#### Kreistagsmitglieder

Herr Hubert Klimmer

Herr Matthias Luxem

Herr Dr. Christian Steidl

Herr Bernhard Stolz

Herr René Wendland

Herr Wolfgang Zöller

## Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Verwaltungsdirektor Dietmar Fieger

Herr Verwaltungsrat Kurt Straub

Herr Verwaltungsrat Gerhard Rüth

Herr Verwaltungsrat Rainer Wöber

Herr Regierungsoberinspektor Steffen Krämer

Frau Kristina Wagner, Schriftführerin

## Ferner haben teilgenommen:

Frau Hedwig Eckert, Kreisheimatpflegerin	zu TOP 2
Herr Gerd Wolf, Kreisheimatpfleger	zu TOP 2
Herr Wolfgang Hartmann, Kreisheimatpfleger	zu TOP 2
Herr Dr. Werner Trost, Kreisheimatpfleger	zu TOP 2
Herr Thomas Feußner, Vorstand der Sparkasse Miltenberg-Obernburg	zu TOP 3
Herr Philipp Ehni, Sparkasse Miltenberg-Obernburg	zu TOP 3
Herr Simon Eifert, Sparkasse Miltenberg-Obernburg	zu TOP 3

Land	rat Schwing wie	es auf ausgelegte Publikationen hin:	
		Der Bayerische Landkreistag (9. Auflage) Landkreistag Kompakt	
		Edition Bayern – Ausgabe Untermain	
Weite	erhin gratulierte	er folgenden Kreisräten:	
	_ _ _	Kreisrat Edwin Lieb zum 60. Geburtstag Kreisrat Wolfgang Zöller zum 70. Geburtstag Kreisrat Dr. Ulrich Schüren zum 65. Geburtstag Kreisrat Dr. Hans Jürgen Fahn zum 60. Geburtstag Kreisrat Bruno Fischer zum 75. Geburtstag	
Er wi	es außerdem a	uf Jubiläen hin:	
	_ _ _		
	innerte weiterhii zu besuchen.	n an die Einladung, dass Pfarrfest in Röllbach nach der Sitzung gemein-	
Tage	esordnung:		
1	Bestellung ne	uer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses	
2	Tätigkeitsbericht der Kreisheimatpfleger		
3	Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2011		
4	Haushalt 2012 - Rechtsaufsichtliche Würdigung durch die Regierung von Unterfranken		
5	Schlussbilanz 2011		
6	Jahresabschluss 2010 des Landkreises Miltenberg; a) örtliche Prüfung b) Feststellung		
7	Jahresabschlu	uss 2010 - Verwendung des Jahresüberschusses	
8	Rechnungsjahr 2010 - Erteilung der Entlastung		
9	Resolution zum sechsspurigen Ausbau der BAB A3 im Main-Tauber-Kreis		
9 a	Radweg Hardheim-Eichenbühl		
10	Fachakademie für Sozialpädagogik Aschaffenburg - Sachstandsbericht		
11	Anfragen		

#### Tagesordnungspunkt 1:

#### Bestellung neuer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Landrat Schwing erläuterte:

Durch Ausscheiden einiger weiterer stimmberechtigter und beratender Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ist eine Nachbesetzung notwendig.

Scheiden stimmberechtigte Mitglieder, die nicht dem Kreistag angehören, aus, ist hier gemäß § 34 Abs. 2 GO in Verbindung mit Art. 22 Abs. 3 Satz 1 AGSG ein Ersatzmitglied durch den Kreistag zu berufen.

Scheiden beratende Mitglieder aus, ist hier gemäß § 34 Abs. 2 GO in Verbindung mit Art. 19 Abs. 2 AGSG ein Ersatzmitglied zu benennen.

Mit Schreiben vom 30.11.2011 teilte der **Caritasverband** für den Landkreis Miltenberg e.V. mit, dass der Geschäftsführer Herr Hermann Hellmuth seine Tätigkeit zum 14.01.2012 beenden werde. Herr Dr. Friedrich Stuhlmann sei ebenfalls ausgeschieden und somit nicht mehr als Stellvertreter für den Geschäftsführer verfügbar.

Mit Schreiben vom 04.06.2012 teilte der nunmehr neue Geschäftsführer Herr Heinrich Almritter mit, dass neben ihm weiterhin der neue 1. Vorsitzender Herr Hans Dieter Arnold als sein Stellvertreter für den Jugendhilfeausschuss zur Verfügung stehe.

Aufgrund einiger Änderungen im Kreisjugendring Miltenberg scheiden folgende Mitglieder aus:

## Stimmberechtigte Mitglieder:

- Herr Christopher Nowag
- Herr Christoph Rosenfeld

## Beratendes Mitglied:

- Frau Birgit Harres-Nowag

Der Kreisjugendring schlägt gemäß § 3 Abs. 2 und 3 der Satzung des Jugendamtes des Landkreises Miltenberg folgende **Ersatzmitglieder** vor:

# Stimmberechtigte Mitglieder:

- Frau Verena Rüth, Leidersbach (Vertreterin: Frau Christin Pfeifer)
- Herr Oliver Schütze, Kleinheubach (Vertreter: Herr Sebastian Heilmann)

#### **Beratendes Mitglied:**

Herr Reinhard Bohlig, Dammbach (Vertreter: Herr Martin Klein)

#### Zur weiteren Information:

Im Präventionsausschuss wurde Frau Alexandra Frieß als Ersatzmitglied für Frau Birgit Harres-Nowag benannt.

Der Kreistag fasste einstimmig den

#### Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Vorschläge an und beruft die genannten Mitglieder gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 3 und 4 der Satzung des Jugendamtes des Landkreises Miltenberg in Verbindung mit § 34 Abs. 2 GO und in Verbindung mit Art. 22 Abs. 3 Satz 1 AGSG als stimmberechtigte Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss.

Des Weiteren wird die gemäß § 34 Abs. 2 GO in Verbindung mit Art. 19 Abs. 2 AGSG benannte Person als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss berufen.

## Tagesordnungspunkt 2:

## Tätigkeitsbericht der Kreisheimatpfleger

Landrat Schwing begrüßte die Kreisheimatpfleger und übergab das Wort an Herrn Hartmann, der in diesem Jahr seinen Tätigkeitsbericht vortrug. Alle Berichte standen den Kreistagsmitgliedern vorab im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung.

Landrat Schwing dankte ihm für seinen Vortrag. Man sehe aus den Berichten der Kreisheimatpfleger in jedem Jahr, er könne sich nur wiederholen, dass sie ein unwahrscheinlich breites und intensives Spektrum bearbeiten. In jedem Jahr erhalte man neue Forschungsergebnisse präsentiert, das mache die Sache auch so spannend.

Stellvertretend für die Fraktionen dankte in diesem Jahr Kreisrat Scholz den Kreisheimatpflegern für ihre Arbeit. Es sei immer sehr spannend, ihren Ausführungen zu folgen. Das Thema Heimat habe ja auch etwas mit Geborgenheit und Sicherheit zu tun. In der heutigen Zeit sei man sehr froh, wenn zur Heimat geforscht und archiviert werde. Dies sei für die Nachwelt sehr wichtig.

Landrat Schwing verwies noch einmal auf den Neujahrsempfang in diesem Jahr. Eine der Ansprachen habe Herr Dr. Trost gehalten und er hatte das Thema Heimat gewählt. Diese Rede sei eine der Glanzstunden der Neujahrsempfänge gewesen. Er dankte ihm nochmals dafür.

Der Kreistag nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

#### Tagesordnungspunkt 3:

## Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2011

Landrat Schwing begrüßte den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Miltenberg-Obernburg, Herrn Thomas Feußner sowie Herrn Simon Eifert, Leiter des Vorstandssekretariates als Nachfolger für Herrn Philipp Ehni, sowie auch Herrn Ehni selbst, nunmehr ebenfalls Vorstandsmitglied.

Vorstandsvorsitzender Feußner erstattete sodann anhand der anliegenden Präsentation den Bericht zum Jahresabschluss 2011 der Sparkasse Miltenberg-Obernburg.

Landrat Schwing dankte ihm für seinen Vortrag und dafür, dass er persönlich gekommen sei, wie all die Jahre, und den Jahresabschluss vorgestellt habe. Er dankte ihm auch, dass er bereits morgens den Fraktionen zur Verfügung gestanden habe, was auch nicht selbstverständlich sei.

Die Sparkasse sei erfolgreich in schwierigstem Umfeld, das habe man nicht nur den Bemühungen des Vorstandes und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdanken, sondern auch den harten Anstrengungen der letzten Jahre. Man könne nur hoffen, dass dies weiter so anhält. Er bat daher auch darum, den Dank nicht nur an die Vorstandskollegen, sondern an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu überbringen. Das Jubiläumsjahr sei zwar schön gewesen, habe aber auch viel Arbeit gemacht, und die sei neben den Herausforderungen des schwierigen Umfelds auch noch zu leisten gewesen.

Kreisrat Scholz dankte Herrn Feußner für den interessanten Vortrag und auch dafür, dass im Jubiläumsjahr ein sehr gutes Ergebnis erarbeitet werden konnte. Er begrüßte auch Herrn Ehni als Vorstand der Sparkasse, den er von früher kenne und jemand sei, der sein Privatleben seines Erachtens oft zurückgesteckt habe, um für die Sparkasse erfolgreich sein zu können.

Er hinterfragte weiterhin das 6% bessere Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr und nach möglichen Auswirkungen der Abschreibungen der Bayerischen Landesbank und dem EU-Verfahren. Weiterhin fragte er nach dem Unterschied zum Vorjahr bei den Risiken Kreditgeschäft, der Erhöhung der Steuerlast und den Spezialfonds.

Ihm sei bewusst, dass die Sparkasse als Bank gewinnorientiert handeln müsse, aber er fürchte, dass hier zu Lasten der Kunden die Landesbankbeteiligung mitbezahlt werden müsse.

Kreisrat Schötterl dankte für die Fraktion der Freien Wähler für die erbrachten Zahlen im Jubiläumsjahr, trotz der zusätzlichen Anstrengungen. Er dankte auch für die Unterstützung von Vereinen. Er dankte ihm auch für seine stets offene Informationspolitik.

Hinsichtlich der mittelfristigen Strategie und Ausrichtung der Sparkasse und der ständig wachsenden Konkurrenz der Internetbanken fragte er, wie sich die Sparkasse in dieser Hinsicht aufstellen werde. Er fragte auch, wie Herr Feußner die Chancen sehe, mittelfristig weiterhin mit Filialbanken vor Ort Geschäfte zu machen.

Kreisrat Weber dankte Herrn Feußner für den Bericht des erfolgreichen Jahres. Man müsse aber hervorheben, dass aufgrund der weltweiten Krisensituationen herausragende Leistungen gefordert werden. Es gebe kleine Kritikpunkte aus der Bevölkerung, zum einen das Verhältnis der Guthabenzinsen zum Dispozinssatz; zum anderen die Gebühren insgesamt. Er hinterfragte hier eine mögliche Lösung einer Gebührensenkung. Er dankte ihm für seine offene und informative Art.

Direktor Feußner beantwortete sodann die bisherigen Fragen. An Kreisrat Scholz gerichtet antwortete er zu den Bilanzzahlen, Abschreibungen der Landesbank seien in diesem Abschluss verarbeitet. Die aufgeführten 2,5 Mio. Euro sei eine Abschreibung auf die stillen Einlagen gewesen. Diese stillen Einlagen kommen jetzt alle zurück und man habe nun eine erhöhte Beteiligung an der Bayerischen Landesbank gezeichnet. Man gehe von einer Werthaltigkeit aus. Man höre eine gewisse Grundskepsis heraus, nichtsdestotrotz sei die Bayerische Landesbank in diesem Abschluss verarbeitet und im Jahr 2012 werde es keine Abschreibung auf die Bayerische Landesbank geben, im Gegenteil, man werde sogar ein stückweit zuschreiben müssen, da man die stillen Einlagen wieder habe.

Bei den Risiken Kreditgeschäft sei man momentan im grünen Bereich, das erfreue auch, da man dort massiv gearbeitet habe und das nicht immer ganz störungs- und restriktionsfrei. Man habe sich auch von Risiken gelöst und könne daher die Ernte einfahren und habe einen guten Ertrag, was genau die Steuerlast ausmache. Im letzten Jahr habe man doppelt so viel Steuern gezahlt wie im Jahr zuvor, daran könne man auch die echte Ertragslast des Jahres 2011 messen.

Zu den Spezialfonds erläuterte er, unter Punkt 15 seien zwar Spezialfonds enthalten, aber es handele sich um Beteiligungsabschreibungen, die hier den Großteil ausmachen und dies sei auch der Unterschied zum Jahr davor.

Auf die Frage von Kreisrat Schötterl antwortete er in Bezug auf eine mittelfristige Strategie im Hinblick auf die Internetbanken, dies sei ein spannendes Thema. Man habe gerade begonnen, die Strategieüberlegungen im neuen Vorstand neu aufzusetzen, aber eine Grundsatzentscheidung getroffen, dass man im Thema Konditionen und Billiganbieter nicht mithalten könne, da die Strukturen dazu einfach nicht stimmen. Man könne daher beispielsweise keine kostenlose Kontoführung anbieten, sonst könne man die Netze und die Präsenz, die die Sparkasse habe, nicht aufrechterhalten. Es gebe nur einen Lösungsansatz in dieser Strategie, den Qualitätswettbewerb und man müsse im Thema Beratungsqualität punkten. Eine Internetbank könne man nicht nach der Altersvorsorge fragen und danach, wie hoch die Rentenlücke sei und was man dafür tun könne, oder auch die Frage, wie kann ich den Traum nach den eigenen vier Wänden realisieren. In diese Richtungen müsse man gehen und am Ende des Tages komme es darauf an, wie gut die Leute der Sparkasse dies tun. Man werde diesen Weg weitergehen, denn er glaube, dazu gebe es keine Alternativen. Wenn man lange genug im Internet nach einem Produkt suche, werde man es irgendwann immer billiger finden als bei der Sparkasse, aber die Sparkasse stehe für Nähe, Fairness und Kompetenz. Und mit diesen drei Blöcken werde man weiter voran marschieren.

Man habe in Bezug auf Filialbanken vor Ort einen schwierigen und schmerzhaften Einschnitt hinter sich gebracht und viel Geld in die neuen Geschäftsstellen investiert. Wenn man sich beispielsweise Kleinheubach oder Südspessart anschaue, diese Geschäftsstellen können sich sehen lassen und haben auch einen hervorragenden Erfolg. Man habe keine geheimen Filialabbaupläne in der Schublade, aber man schaue trotzdem genau hin, denn jede Geschäftsstelle müsse sich rechnen, sonst sei es Kapitalvernichtung. In der gesamten Branche gelte, die Präsenz der Menschen in der Geschäftsstelle nehme einfach ab. Danach müsse man sich ausrichten und das tue man auch. Man investiere daher zurzeit sehr viel in das Internetangebot der Sparkasse. Im Monat habe man mehrere zehntausend Klicks auf die Website. Dies sei eine der größten Filialen, die man momentan habe.

Auf die Anfrage von Kreisrat Weber antwortete er, zum Thema Guthaben- und Dispozins habe es gerade erst eine Umfrage auch im MainEcho gegeben. Man sei zwar oben mit dabei, aber nicht ganz oben, Mitbewerber haben teilweise noch höhere Dispozinsen. Im Übrigen lebe man von der Differenz zumindest ein Stück weit. Der Dispozins sei aber nur ein Zins auf der Kreditseite. Das Baugeld und auch die Konsumentenkredite seien wesentlich günstiger. Im Übrigen seien dies Angebote, die man nicht nutzen müsse. Aber er gab zu, es sei schwierig zu vermitteln.

Zu den Gebühren entgegnete er, die Diskussion sei so alt wie das Geschäftsmodell. Er stellte weiterhin dar, man sage nicht Gebühren dazu, sondern es seien Preise, und dies seien Dienstleistungspreise für die Kontoführung, die man auch brauche am Ende des Tages. Banken, die keine oder weniger Kontoführungsgebühren erheben, müssen das Geld irgendwo anders holen. Die Sparkasse mache dies lieber verursachungsgerecht und stehe dazu. "Sozialpreise" seien nicht möglich, auch wenn sich das hart anhöre. Man habe aber in der Produktpalette durchaus auch Nullmodelle oder reduzierte Preise. Nichtsdestotrotz seien Kontoführungsgebühren auch eine große Ertragsquelle, sie bieten in der Bank vor Ort auch Nähe und diese Nähe müsse ein stückweit bezahlt werden.

Kreisrat Stappel dankte für die Fraktion der Neuen Mitte für den Geschäftsbericht. Es sei ein erfolgreiches Jahr gewesen, für alle im Landkreis Miltenberg sehr erfreulich. Auf diesem Wege wolle er sich bei allen herzlich bedanken.

Er habe bei seinen Ausführungen von den niedrigen Zinsen gesprochen, die er natürlich in erster Linie bei den Spareinlagen sehe. Der niedrige Zinssatz der Spareinlage bedeute, dass eigentlich niemand mehr sein Geld zum Sparen zur Bank bringe, da es sich nicht lohne. Im Hinblick auf die Kreditzinsen erwähnte er die hohen Außenstände der Firmen und Betriebe und dass diese dann Überziehungszins zahlen müssten, die teilweise bei 12,5% liegen. Der Präsident des Sparkassenverbandes Fahrenschon habe bereits bei der EU gefordert, dass

man bei Rahmenbedingungen im Kreditwesen den Mittelstand und das Handwerk mehr unterstütze.

Sein Bericht über die wirtschaftliche Hochkonjunktur sei wohl positiv, aber wenn die Hemmschwelle Basel III nach wie vor im Handwerk und im Mittelstand so greife, wie sie angedeutet werde, dann sei es die Grenze der florierenden Wirtschaft. Dies sei ihm wichtig.

Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken seien noch immer die wichtigsten und entscheidenden Kreditgeber für unsere Wirtschaft. Daher alljährlich seine Bitte an Herrn Feußner, bei diesen positiven Ergebnissen nicht an eine Fusion zu denken. Bei der Sparkasse fühle man sich noch persönlich angesprochen und nicht nur als Nummer behandelt. Was er ihm ebenfalls hoch anrechne sei die besonders hohe Frauenquote.

Kreisrat Dotzel dankte Direktor Feußner, auch im Namen der CSU-Fraktion, für seinen Bericht, der wie immer sehr offen und ehrlich, aber auch erfolgreich sei. Er wünsche auch Herrn Ehni sowie Herrn Eifert viel Erfolg.

Er hinterfragte die Frauenquote in Führungspositionen und welche Schulbildung Voraussetzung sei bei der Gewinnung von Fachkräften. In Bezug auf HomeOffice hinterfragte er die Sicherstellung des Datenschutzes. Weiterhin wolle er gern wissen, ob es Geldinstitute gebe, mit denen die Sparkasse in enger Zusammenarbeit kooperiere und wie man neue und attraktive Produkte entwickele.

Direktor Feußner erklärte, der genannte Zinssatz, der auch in der Presse erwähnt worden sei, war der Privatkundenzinssatz für Überziehung. Dies habe aus seiner Sicht mit dem Kontokorrentkreditzins bei Außenständen von Firmen und Handwerk, wie es Kreisrat Stappel ansprach, erst einmal nichts zu tun. Dies laufe nicht über den Dispozins, sondern es gebe dafür Außenstands- oder Projektfinanzierungen und da sei man bei ganz anderen Zinssätzen. Der ebenfalls angesprochene Präsident Fahrenschon habe dieselben Sorgen. Man habe große Sorgen, wenn es so komme, wie es momentan in den Büchern erscheine, dies wüssten auch die Mandatsträger. Wenn man als Sparkasse dann Staatsanleihen kaufe, müsse man kein Eigenkapital belegen, sehr wohl aber, wenn man einer mittelständigen Firma einen Kredit einräume. Dies führe zu Fehlsteuerungen, die sich massiv auf die mittelständische Wirtschaft auswirken. Man habe große Bedenken, dass diese Sorgen in Brüssel nicht ausreichend gewürdigt werden könnten. Dies gelte auch für die mittelstandsorientierten Volks- und Raiffeisenbanken. Wenn man die Geschäftslage im Landkreis untersuche, sehe man über 90% aller Unternehmer, Mittelständler und Handwerker als Kunden bei diesen Banken. Dies sei also auch ein Problem des Landkreises.

Fusion sei eines der Lieblingsthemen, dies sei aber wie gesagt seit einigen Jahren erst einmal erledigt. Man habe sich klar für eine stand-alone-Lösung entschieden. Dies sei auch ein Signal an die Mitarbeiterschaft, denn dies gebe auch in der Mannschaft Unsicherheit. Man sei stark genug.

Zum Thema Frauenquote und Führungspositionen antwortete er, im Vorstand (man habe drei Vorstände) sei es bisher nicht gelungen, eine Frau anzustellen aus den eigenen Reihen. Darunter habe man neun Bereichsleiter, hierunter leider auch nur eine Frau. Aber bei den über 40 Abteilungsbereichen mit Geschäftsstellenleitern habe man 20% Frauen. Dies sei auch mehr geworden.

Zur gefragten Schulbildung erklärte er, momentan habe man ein Rekordjahr und man bilde momentan über Bedarf aus. Normalerweise habe man zwischen zehn und 15 Auszubildenden, in diesem Jahr habe man 21 eingestellt, da ein Wettbewerb um die Talente laufe. Momentan stelle man bis Realschule ein, könnte sich aber vorstellen, auch den M-Zug der Hauptschule einzustellen, wenn es hier gute Leute gebe. Es sei aber immer noch so, bei gut 100 Bewerbungen stelle man zehn ein. Da sei es für Realschüler schon schwierig.

HomeOffice und Datenschutz seien schwierige Themen, man habe gerade erst begonnen. Aber es werde keine Modelle geben, wo beispielsweise Kundenunterlagen mit nach Hause genommen werden. Aber es gebe viele interne Stellen ohne Kundendaten, mit diesen werde man beginnen.

Kooperationen gebe es einige, auch ganz unterschiedliche und teilweise sogar ins Hessische hinein, aber auch mit Nachbarsparkassen. Dies hänge auch immer ein wenig an Personen und Menschen. Man müsse ja nicht immer alles neu gestalten, daher gebe es auch hier Arbeitskreise und verschiedene Ausschüsse, wo man auch viel adaptiere.

Neue Produkte werde es erst einmal nicht geben. Bei der Unsicherheit der Märkte und den verunsicherten Menschen könne man momentan schwierig neue Produkte am Markt platzieren. Man versuche hier eher genau das Gegenteil, nämlich auf wenige einfache und sichere Dinge zu konzentrieren und nicht schon wieder einen neuen Fonds zu kreieren. Es gehe eher wieder einen Schritt zurück in eine alte Produktwelt.

Landrat Schwing erklärte, in Bezug auf die Frauenquote werde die Sparkasse zu recht jedes Jahr immer wieder gelobt. Aber auch das Landratsamt müsse sich hier nicht verstecken, man sei hier weit vor der Sparkasse, was Frauen in Führungspositionen anbelange. In der Führungsebene habe man 40% Frauenanteil, von fünf Abteilungsleitungen seien zwei Frauen. Hier sei man sehr gut.

Vorstandsmitglied Ehni stellte sich kurz vor und erklärte, er habe in den letzten Jahren sicherlich viel Privatleben für seine berufliche Karriere geopfert. Hierüber wolle er sich aber nicht beklagen, es sei seine freie Entscheidung gewesen. Nichtsdestotrotz habe er ein Privatleben und zu Hause in seinem Familienunternehmen eine Frauenquote von 75%. Er sei 37 Jahre alt und sei seit dem Grundschulalter im Landkreis Miltenberg zu Hause. Er habe 1995 bei der Sparkasse mit der Ausbildung begonnen und damit das Geschäft von der Pike auf gelernt. Lange Jahre sei er im Kundengeschäft, mit Firmenkunden und Mittelständlern, tätig gewesen. Zwischenzeitlich sei er an einem Lehrinstitut gewesen, habe Filialgeschäft gemacht und habe dann zu guter Letzt die Position von Herrn Eifert inne gehabt, die Bereichsleitung Vorstandsstab. Bereits dort habe er sehr eng mit dem Vorstand zusammengearbeitet. Er kenne das Geschäft und habe dieselbe Identifikation. Es sei ihm bewusst, dass er in große Fußstapfen trete und dass er sicherlich noch daran zu wachsen habe. Aber für das Haus sei es ein wertvolles Signal für junge Leute, was man bei der Sparkasse alles werden kann, wenn man sich engagiere.

Landrat Schwing dankte ihm dafür, dass er am heutigen Tage anwesend war, dies sei ein schönes Zeichen. Die Entscheidung für seine Einstellung sei auch vom Kreisausschuss bestätigt worden. Es sei nun schön, dass nun alle Kolleginnen und Kollegen im Kreistag ihn persönlich kennenlernen konnten. Der Kreistag habe ein großes und besonderes Interesse an einer gut geführten Sparkasse und deren Erfolg, dies sei unheimlich wichtig.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

#### Tagesordnungspunkt 4:

## Haushalt 2012 - Rechtsaufsichtliche Würdigung durch die Regierung von Unterfranken

Kreiskämmerer Straub erläuterte die rechtsaufsichtliche Würdigung des Haushalts 2012 durch die Regierung von Unterfranken anhand beiliegender Präsentation.

Der Kreistag nahm seine Ausführungen zur Kenntnis.

# Tagesordnungspunkt 5:

#### Schlussbilanz 2011

Kreiskämmerer Straub erläuterte die Schlussbilanz anhand beiliegender Tabelle.

Kreisrat Eck dankte für diese aussagekräftige Schlussbilanz für das Haushaltsjahr 2011. Es sei eine zukunftsweisende Entscheidung gewesen, auf die Doppik umzustellen. Er lobte die Transparenz.

Auf Wortmeldung von Kreisrat Scholz, der Landkreis sei schon fast schuldenfrei aufgrund des "Barbestandes" von 24,8 Mio. Euro, antwortete Landrat Schwing, es sei keinesfalls so, dass dieses Geld irgendwo herum liege. Diesem Betrag stehen zum Teil zukünftige Aufwendungen gegenüber und Kreisrat Scholz stelle mehr als eine Milchmädchenrechnung auf. Er wies dies zurück und bat darum, keine Diskussion zu führen, die schon mehrfach geführt worden sei. Es handele sich heute lediglich um eine Information und die Zahlen seien alle bereits diskutiert worden und allen bekannt gewesen.

Kreisrat Dr. Fahn hinterfragte zur Eigenkapitalquote von 27,48%, was dieser Wert nun aussage und ob es Vergleichswerte gebe.

Kreiskämmerer Straub antwortete, es gebe verschiedenen Bilanzkennzahlen. Bisher hätten in Bayern etwa zehn Landkreise die Bilanzen erstellt, vom Innenministerium werden dann diese Bilanzkennzahlen vorgegeben. Das Eigenkapital werde geteilt durch die Bilanzsumme, so erhalte man diese Quote, die im Verhältnis zur Gesamtbilanz stehe. Von der gesamten Bilanzsumme habe man 23% Fremdkapital finanziert. Dies sei eine gute Zahl, die sich auch in der Wirtschaft sehen lassen könne. Aber man bekomme sehr schlecht einen Vergleich mit anderen Landkreisen, da die Bilanzen noch nicht so weit seien und man in die einzelnen Positionen und Anlagevermögen gehen müsse.

Kreisrat Scherf erklärte, man habe eine sehr positive Entwicklung und die wichtige Entscheidung sei gewesen: keine Nettoneuverschuldung! Dieser Kurs sei richtig und müsse grundsätzlich beibehalten werden.

Landrat Schwing fügte hinzu, man habe trotzdem hohe Investitionen getätigt.

Kreisrat Dr. Kaiser merkte an, er gebe seinem Kollegen Eck recht, die Doppik sei eine gute Sache, transparent und man könne die Politik nachvollziehen. Dies sei damals eine gute Entscheidung gewesen. Er fügte an Kreisrat Scholz gerichtet und den von dessen genannten 24 Mio. Euro im Müllhaushalt hinzu, wenn man behaupte, der Landkreis sei fast schuldenfrei, wecke man nur Begehrlichkeiten.

Landrat Schwing bedankte sich und fügte hinzu, in der Zwischenzeit haben in Unterfranken von den neun Landkreisen acht auf die Doppik umgestellt. In keinem anderen Regierungsbezirk sei diese so vertreten.

Der Kreistag nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6: Jahresabschluss 2010 des Landkreises Miltenberg; a) örtliche Prüfung b) Feststellung

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrätin Fichtl, erläuterte des Jahresabschluss 2010 anhand der anliegenden Präsentation.

Landrat Schwing dankte Kreisrätin Fichtl für ihre Ausführungen und bestätigte, der Rechnungsprüfungsausschuss habe wieder die meisten Sitzungen abgehalten. Dies liege in der Natur der Sache bei diesen Summen. Man habe dies wieder mit viel Ernsthaftigkeit im laufenden Jahr getan. Natürlich würden dort, wo gearbeitet werde, auch Fehler gemacht. Er dankte auch für das Arbeitspensum, welches absolviert worden sei.

Kreisrat Dr. Schüren meldete sich zu Wort, er dankte sich für den ausführlichen Bericht. Allerdings habe er einen Skandal bemerkt, den er ansprechen wolle. Er wolle ganz offiziell für seine Fraktion beantragen, dass festgestellt werde, wer verantwortlich dafür sei, dass wegen 10.000 Euro zwei Jahre lang eine hochmoderne Heizungsanlage nicht angeschlossen worden sei, da wo sie hätte angeschlossen werden können. Damit seien Kosten verursacht worden und zusätzlich eine unnötige Umweltbelastung stattgefunden. Sicherlich passieren Fehler, wo gearbeitet wird, aber dies sei zu viel. Er wollte dies ganz genau wissen, weil er sich dann vorbehalte, innerhalb der rechtlichen Möglichkeiten die Verantwortlichen zur Kasse zu bitten.

Landrat Schwing erklärte, verantwortlich seien alle, die diesen Haushalt damals beschlossen hätten. Die Bauunterhaltungskosten seien um 1,5 Millionen heruntergesetzt worden, um den Haushalt mit einem entsprechenden Hebesatz ausgleichen zu können. Dies habe dazu geführt, dass verschiedene Dinge nicht gemacht werden konnten. Er sehe jetzt keinen allzu großen Skandal darin. Im Nachhinein sei man gescheiter.

Kreisrat Reinhard fragte nach, wie man organisatorisch sicherstellen wolle, dass in Zukunft Zuschüsse rechtzeitig beantragt werden würden.

Landrat Schwing antwortete, man dürfe davon ausgehen, dass allein die Feststellung des Rechnungsprüfungsausschusses dazu führen werde, dass diese Dinge beachten werden. Der Bericht müsse im Haus abgearbeitet werden und jeder müsse dazu Stellung nehmen. Dies sei dann Gegenstand einer öffentlichen Erörterung und die Betroffenen werden damit konfrontiert.

Kreisrat Dr. Linduschka dankte dem Rechnungsprüfungsausschuss, es sei mehr gemacht worden als notwendig, und dies zum Vorteil aller. Dies sei ein Ausschuss, in dem Kommunalpolitik ohne jede parteipolitische Scheuklappe betrieben werde. Er halte den Bericht für sehr positiv und ausführlich. Als kleinen Zusatz bat er darum, im nächsten Jahr zu nennen, inwieweit den genannten Kritikpunkte entsprochen worden sei und ob Folgerungen gezogen worden seien.

Kreisrat Dr. Kaiser stimmte seinen Vorrednern zu. In Bezug auf die Kritik von Kreisrat Dr. Schüren fügte er hinzu, bei der Höhe der Beträge und anderen vorgekommenen Überschreitungen halte er den Vorschlag von Kreisrat Dr. Linduschka für sinnvoll, um die Konsequenzen aufzuzeigen.

Landrat Schwing stellte klar, die Holzhackschnitzelanlage sei grundsätzlich angeschlossen gewesen, es sei lediglich ein Gebäude nicht angeschlossen gewesen.

Kreisrat Dr. Schüren erklärte, er verstehe ihn gut und an seiner Stelle hätte er ebenso geantwortet. Aber in diesem Fall treffe dies nicht zu, denn die Fakten seien andere. Wenn jemand im Kreistag gewusst hätte, wie die Situation sei, dann hätte man selbstverständlich einen Weg gefunden, um die Anlage für 10.000 Euro anzuschließen. Er sei mit der Antwort nicht zufrieden und werde die Frage schriftlich stellen und erwarte dann eine schriftliche Antwort. Es gehe darum, Verantwortlichkeiten festzustellen. Es muss Menschen in der Bauverwaltung gegeben habe, die diese zentrale Information gewusst und nicht weitergegeben haben.

Kreisrat Scherf äußerte großen Respekt für diesen Bericht. Er halte den Verweis auf den Haushalt auch für zu leicht. Man müsse einmal die Protokolle der Bauausschusssitzungen nachlesen. Der Bauausschuss fühle sich fehlinformiert und daher appellierte er an die Kreisräte, man müsse generell kritischer nachhaken.

Kreisrat Stappel dankte zunächst für die großartige Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses. Auf seine Rückfrage zu der Zahl der zu Betreuenden im Jobcenter in Bezug auf den Personalstand und mögliche Einsparungen antwortete Landrat Schwing, dies liege nicht in der Verantwortung des Landkreises, sei aber eine dauernde Frage auch im Steuerungskreis, aber durchaus nachvollziehbar. Geschäftsführer Opolka könne hier besser Auskunft geben.

Kreisrat Dr. Kaiser erklärte an Kreisrat Stappel gerichtet, er gehe davon aus, dass das Jobcenter genauso handele wie ein mittelständisches Unternehmen im Landkreis. Auch Geschäftsführer Opolka werde versuchen, sein Stammpersonal zu halten. Die Zahl der Fälle könne ja wieder steigen und so habe er ein eingespieltes Team. Er glaube, das Jobcenter denke sich schon etwas dabei.

Landrat Schwing fügte hinzu, man gehöre bei allen Rankings in der Vergleichsgruppe zu den besten Jobcentern. Gerade bei Personal schreite die Bundesagentur sofort ein, wenn es nicht ausgelastet wäre.

#### Zusammenfassend:

- a) Der Jahresabschluss 2010 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft. Alle Ergebnisse des Jahresabschlusses sind im Prüfungsbericht vom 16.07.2012 enthalten. Den Bericht kann jedes Mitglied des Kreistages im Kreisrechnungsprüfungsamt einsehen. Auch eine Vorstellung des Berichts in den Fraktionssitzungen ist nach Terminvereinbarung möglich.
- b) Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 16.07.2012 dem Kreisausschuss und dem Kreistag die Feststellung des Jahresabschlusses mit seinen Anlagen empfohlen.
- c) Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 23.07.2012 dem Kreistag einstimmig die Feststellung des Jahresabschluss mit seinen Anlagen empfohlen.

Der Kreistag fasste einstimmig den

#### Beschluss:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss 2010 des Landkreises Miltenberg mit folgenden Ergebnissen gemäß Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern fest:

168.866.051,74 €

Ergebnisrechnung Gesamtbetrag der Erträge Gesamtbetrag der Aufwendungen Saldo	95.161.692,04 € 88.515.026,51 € + 6.646.665,53 €
Finanzrechnung Laufende Verwaltungstätigkeit Gesamtbetrag der Einzahlungen Gesamtbetrag der Auszahlungen Saldo	92.383.737,27 € 78.722.311,88 € + 13.661.425,39 €
Investitionstätigkeit Gesamtbetrag der Einzahlungen Gesamtbetrag der Auszahlungen Saldo	2.050.921,32 € 12.625.159,48 € - 10.574.238,16 €
Finanzierungstätigkeit Gesamtbetrag der Einzahlungen Gesamtbetrag der Auszahlungen Saldo	1.800.000,00 € 3.026.934,23 € - 1.226.934,23 €
Finanzmittelüberschuss	1.860.253,00 €
Liquide Mittel	22.518.654,85 €
Vermögensrechnung (Schlussbilanz)	

In die Feststellung werden die weiteren Bestandteile des Jahresabschlusses, die Teilrechnungen und der Planvergleich, der Anhang mit Anlagen und der Rechenschaftsbericht einbezogen.

#### Tagesordnungspunkt 7:

**Summe Aktiva und Passiva** 

## Jahresabschluss 2010 - Verwendung des Jahresüberschusses

Kreisrätin Fichtl, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, erläuterte:

Mit dem Jahresabschluss ist über die Ergebnisverwendung zu entscheiden. Hier gibt es nach § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik zwei Möglichkeiten:

- 1. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage
- 2. Zuführung zur Ergebnisrücklage

Nur Jahresüberschüsse, die der Ergebnisrücklage zugeführt werden, stehen in späteren Jahren zur Verrechnung mit Jahresfehlbeträgen entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 3 KommHV-Doppik zur Verfügung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt daher in Abstimmung mit der Kämmerei des Landkreises dem Kreisausschuss und dem Kreistag, den Jahresüberschuss der Ergebnisrücklage zuzuführen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 23.07.2012 dem Kreistag einstimmig den vorliegenden Beschlussvorschlag empfohlen.

Sodann fasste der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

#### Beschluss:

Der Kreistag beschließt, den Jahresüberschuss gem. § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Ergebnisrücklage zuzuführen.

Tagesordnungspunkt 8:

## Rechnungsjahr 2010 - Erteilung der Entlastung

Kreisrätin Fichtl, Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, erläuterte:

Der Jahresabschluss 2010 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft. Nach Art. 88 LKrO kann nach Durchführung der örtlichen Prüfung und der Feststellung des Jahresabschlusses anschließend die Entlastung erteilt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 16.07.2012 dem Kreisausschuss und dem Kreistag empfohlen, für 2010 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern zu erteilen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 23.07.2012 dem Kreistag einstimmig den vorliegenden Beschlussvorschlag empfohlen.

Der Kreistag fasste einstimmig den

#### Beschluss:

Der Kreistag beschließt, für 2010 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern zu erteilen.

Grundlage dieses Vorschlags ist der Bericht zur örtlichen Prüfung des doppischen Jahresabschlusses 2010 des Landkreises Miltenberg.

Tagesordnungspunkt 9:

#### Resolution zum sechsspurigen Ausbau der BAB A3 im Main-Tauber-Kreis

Verwaltungsrat Rüth erläuterte die Resolution zum sechsspurigen Ausbau der BAB A3 im Main-Tauber-Kreis:

Die BAB A3 ist als Europastraße Bestandteil des transeuropäischen Verkehrsnetzes und hat eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen den Niederlanden und Südeuropa. Innerhalb Deutschlands verbindet sie Bayern im Rhein-Main-Gebiet und führt hierbei durch die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Damit zählt die BAB A3 zu den bedeutendsten Strecken im Netz der Bundesautobahnen. Der 6,5 km umfassende baden-württembergische Abschnitt der BAB A3 verläuft durch den Main-Tauber-Kreis auf der Gemarkung der Großen Kreisstadt Wertheim. Die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke liegt in diesem Abschnitt bei rund 61.000 Fahrzeugen. Für das Jahr 2020 werden 74.000 Fahrzeuge/Tag prognostiziert.

Der Güterverkehr hat auf diesem Streckenabschnitt inzwischen einen Anteil von 23,5% am Gesamtverkehr erreicht. Sein Anteil am Gesamtverkehr wird sich bis zum Jahr 2020 auf 24,5% erhöhen.

Im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen und Investitionsrahmenplan des Bundes ist der notwendige sechsstreifige Ausbau vom Autobahnkreuz Biebelried bei Würzburg bis zur Anschlussstelle Aschaffenburg als vordringlicher Bedarf ausgewiesen. Vom Bund mit dieser Priorität ausgestattet, soll der sich über Bayern und Baden-Württemberg erstreckende, insgesamt 94 km lange Ausbau bis 2017 abgeschlossen sein. Die Kosten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro trägt die Bundesrepublik Deutschland.

Der Ausbau im zuständigen Hoheitsbereich des Freistaates Bayern befindet sich im Zeitplan. Der Planfeststellungsbeschluss für den baden-württembergischen Autobahnabschnitt bei Wertheim erfolgte im Februar 2007. Das dadurch erlangte Baurecht hat 10 Jahre Gültigkeit. Die Kosten für diesen Abschnitt betragen 50 Mio. Euro. Die beauftragte Autobahndirektion Nordbayern hat alle Vorbereitungen für die Baumaßnahme auch im badenwürttembergischen Abschnitt getroffen. Den 6-streifgen Ausbau Kauppenbrücke-Rohrbrunn wird Bayern aller Voraussicht nach bis 2016 abgeschlossen haben. Nach einer Verlautbarung der Landesregierung Baden-Württemberg vom 18. Juni 2012 soll jedoch frühestens erst 2017 mit dem Bau der A3 im Bereich Wertheim begonnen werden.

Die großen Anstrengungen des Bundes und des Freistaat Bayerns, der verkehrlichen Bedeutung der A 3 bestmöglich gerecht zu werden, werden aber dadurch deutlich in ihrer Wirkung begrenzt werden, wenn die vom Bund dem Land Baden-Württemberg für den Fernstraßenausbau bereitgestellten Mittel nicht bedarfsgerecht für den höchstprioritären A3-Ausbau bei Wertheim eingeplant werden.

Die Ausbaulücke der A 3 bei Wertheim ist schon seit vielen Jahren eine ständige Staugefährdungszone. Für Millionen von Straßennutzer stellt sie ein erhebliches Verkehrssicherheitsrisiko dar und schränkt die durchgängige Leistungsfähigkeit der A 3 enorm ein. Völlig unnötig wird vermehrter Stauverkehr die angrenzenden Gemeinden und auch die Region Bayerischer Untermain zusätzlich belasten, ohne dass ein Ende absehbar ist.

Diese Einschätzung teilen nicht nur die davon betroffenen Kommunen und Landkreise, sondern auch die Wirtschaft und Industrie.

Bei Staumeldungen auf der BAB A3 werden sehr viele Fahrzeuge über die Bundesstraße B469 sowie das Erftal über Eichenbühl und Tauberbischofsheim ausweichen, um dann wieder auf die Autobahn BAB A81 und A3 zu gelangen. Dieser Ausweichverkehr wird zusätzliche Verkehrsbelastung im Landkreis Miltenberg mit sich bringen. Auf Grund dieser zu erwartenden Verschlechterung der Verkehrssituation haben bereits die Gemeinde Eichenbühl am 16. Juli und der Kreistag des Main-Tauber-Kreises am 18. Juli 2012 eine entsprechende Resolution an die Landesregierung Baden-Württemberg verabschiedet. Auch die Große Kreisstadt Wertheim hat bereits am 01. Dezember 2008 eine entsprechende Resolution verabschiedet.

Er schlug folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Kreistag des Landkreises Miltenberg fordert die baden-württembergische Landesregierung auf, den sechsspurigen Ausbau der BAB A3 auf dem Gebiet des Main-Tauber-Kreises zügig fertig zu stellen, und die zu diesem Zwecke durch die Landesregierung vorgenommene Priorisierung zu korrigieren.

Landrat Schwing ergänzte, auch im Regionalen Planungsausschuss sei am nächsten Tag eine entsprechende Resolution vorgesehen. Auch die unterfränkischen Landräte werden sich abstimmen, so dass wirklich breiter Konsens bestehe.

Kreisrat Dr. Kaiser erklärte, mit der Intention des vorliegenden Entwurfes, nämlich den durchgehenden sechsspuren Ausbau, sei man in der Fraktion vollkommen einverstanden. Zum Beschlussvorschlag: Bauherr sei allerdings nicht das Land Baden-Württemberg, sondern die Bundesrepublik Deutschland. In dem Fall sei die zuständige Durchführungsbehörde die Autobahndirektion Nürnberg. Baden-Württemberg könne dies somit nicht, aber man könne die falsche Priorisierung ändern. Hier sei auch der Bund gefordert. Die Konfliktlösung könne durch das Verkehrsministerium erfolgen.

Zum Beschlussvorschlag stellte er daher folgenden Änderungsantrag für die Fraktion der SPD:

Der Kreistag des Landkreises Miltenberg fordert das Bundesverkehrsministerium und die baden-württembergische Landesregierung auf, entsprechend dem Investitionsrahmenplan 2011 – 2015 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes (IRP) den sechsspurigen Ausbau der BAB A3 auf dem Gebiet des Main-Tauber-Kreises durch die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel zügig fertig zu stellen. Die für Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und NRW nicht hinnehmbare Priorisierung durch die Landesregierung Baden-Württemberg ist zu korrigieren.

Landrat Schwing erklärte, der Beschlussvorschlag sei nur eine Erweiterung des vorgeschlagenen, daher könne er sich darin wiederfinden. Der Bund müsse nun überregionale Interessen melden, damit schneller gebaut werde.

Kreisrat Dr. Linduschka stimmte inhaltlich voll zu und schlug vor, den Beschlussvorschlag des SPD-Antrages zu übernehmen.

Kreisrat Kuhn berichtete, der Gemeinderat Schneeberg habe sich ebenfalls der Resolution von Eichenbühl angeschlossen Die Bedeutung des Ausbaus der A3 im Bereich Wertheim sei für alle sehr groß, man spüre die Staus dort sofort und sehr stark, insbesondere die LKWs. Daher sollte man das Bundesverkehrsministerium mit einschalten.

Kreisrat Dr. Fahn meldete sich zu Wort, er halte es für wichtig, mehr Druck zu machen und daher nicht nur eine Resolution zu erlassen. Er schlug eine Petition vor mit demselben Inhalt. Eine Resolution sei nur eine Willenskundgebung, eine Petition gehe den Weg in die zuständigen Ausschüsse. Man könne doch eine Doppelstrategie fahren.

Landrat Schwing antwortete, alle anderen, auch die baden-württemberger Kommunen, seien diesen Weg nicht gegangen. Er plädiere dafür, bei der Resolution zu bleiben. Jeder könne Einfluss über die Parteischiene nehmen.

Kreisrat Scherf erklärte, man habe mit Baden-Württemberg 20 baureife Projekte, die ab 2014 umgesetzt werden. Man kenne die Unterfinanzierung von Verkehrsprojekten, Straßen- wie auch Schienenprojekte. Was ihn bei der Begründung erstaune: Plötzlich habe man Ausweichverkehr. Die CDU in Wertheim begründete im Januar 2012 die Notwendigkeit des dreispurigen Ausbaus vordergründig damit, dass Wertheim Village ausgebaut werde. Man sei hier immer gegen den Ausbau von Wertheim Village gewesen, die Stadt Wertheim sage nun,

bei Ausbau habe man Freitag bis Sonntag eine dramatische Verkehrszunahme. Er tue sich schwer damit, da nun der Stadt Wertheim zu helfen, die in unverantwortlicher Weise unsere Innenstädte kaputt machen und zusätzlichen Verkehr schaffen. Die von der Resolution aufgegriffene Maßnahme werde nicht verhindert, sie sei in der Gruppe mit dem spätesten Baubeginn 2017 gelandet. Ausschlaggebend für die Reihung der Maßnahmen seien sechs Kriterien gewesen, unter anderem Kosten-Nutzenverhältnis, die Verkehrssicherheit und die Lärmbelastung. Grundsätzlich stimme er der SPD-Fraktion zu, der Appell sollte auch an die Bundesregierung gehen.

Landrat Schwing wies zurück, dass es keinen Ausweichverkehr gegeben haben sollte. Man habe immer auf den Ausweichverkehr hingewiesen, zum Beispiel bei der Vorstellung des Verkehrsmodells durch Herrn Biller. Man müsse an die Landkreisbürger denken.

Kreisrat Großkinsky wandte sich ausdrücklich gegen den Vorwurf von Kreisrat Scherf, dass es hier um Populismus gehe und irgendjemand Wertheim Village fördern wolle. Er lade ihn gern einmal ein in die Ortsdurchfahrt Eichenbühl, wenn auf der A3 einer der fast alltäglichen Staus sei. Sobald auf der A3 Stau sei, sei in Eichenbühl Chaos. Es gehe ihm nicht um die Schnelligkeit, sondern um die Verkehrssicherheit. Man müsse auch den Verbrauch von LKWs bei Anfahren und Stehenbleiben bedenken. Es gehe um die Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Miltenberg.

Kreisrat Dotzel fügte hinzu, er halte die Resolution für notwendig.

Kreisrat Dr. Kaiser erklärte, es sei lobenswert, dass die Liste der Priorisierungen im Internet abrufbar sei. Dann müsse man aber auch damit rechnen, dass diese überprüft werde. Für den Südspessart sei dies falsch, und die Liste sei nicht nachhaltig für die Zukunft, sondern für ihn rein vergangenheitsbezogen.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, die Fraktion der Freien Wähler werde zustimmen, aber es sei ihnen zu wenig und die Fraktion werde eine eigene Petition einreichen.

Der Kreistag fasste bei drei Gegenstimmen mehrheitlich den

#### Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Miltenberg fordert das Bundesverkehrsministerium und die baden-württembergische Landesregierung auf, entsprechend dem Investitionsrahmenplan 2011 – 2015 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes (IRP) den sechsspurigen Ausbau der BAB A3 auf dem Gebiet des Main-Tauber-Kreises durch die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel zügig fertig zu stellen. Die für Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und NRW nicht hinnehmbare Priorisierung durch die Landesregierung Baden-Württemberg ist zu korrigieren.

Tagesordnungspunkt:

Radweg Hardheim-Eichenbühl

Kreisrat Andre stellte den Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag unterstützt die Initiativen der Gemeinde Hardheim und der Interessengemeinschaft Mühlenradweg Erftal zum Bau eines Radweges Hardheim-Riedern möglichst 2013.

Er begründete, der Radweg von Hardheim nach Riedern sei dringend notwendig, die Schließung dieser Lücke sei wichtig. Die Gemeinde Hardheim bemühe sich darum seit 1994 und der Landkreis Miltenberg habe bereits einen Beitrag bis zur Landesgrenze geleistet. Die Forderung des Lückenschlusses sei wichtig.

Landrat Schwing fasste zusammen, man habe ein Schreiben der Gemeinde Hardheim bekommen, in dem auf die Dringlichkeit hingewiesen worden sei. Man habe in der Woche davor die Drei-Länder-Radtour gehabt, über 500 Radler, diese Strecke sei einfach zu gefährlich mit einem LKW-Anteil von fast 25%. Daher sei man gebeten worden, sich dafür einzusetzen, dass der Weg durchgebaut werde. Man sollte daher den Antrag von Kreisrat Andre aufgreifen und Hardheim unterstützen. Auch wenn angeblich das Geld 2013 bereitgestellt werden solle, müsse man trotzdem am Ball bleiben, damit 2013 dann auch gebaut werde. Es sei zu gefährlich, wenn die Radfahrer auf die stark befahrene Staatsstraße müssen.

Kreisrat Scherf erklärte, es sei respekt- und ehrenvoll, sich für den Radwegeabschnitt im Nachbarlandkreis einzusetzen, sollte aber für uns eine Verpflichtung sein, im eigenen Landkreis um das Radwegenetz zu kümmern, das noch einige Lücken aufweise. Große und wichtige Lücken, gefährliche Bereiche und offene Baustellen. In einer der nächsten Sitzungen solle man sich daher darum kümmern. Unter diesen Bedingungen stimme er hier sehr gern zu.

Landrat Schwing stellte klar, der Landkreis Miltenberg baue keine Radwege, sondern die Gemeinden bzw. das Straßenbauamt. Er bat darum, diesen Aufruf mit in die Gemeindeparlamente zu nehmen.

Kreisrat Kuhn fügte hinzu, nach der beeindruckenden Demonstration der Drei-Länder-Tour durch das Erftal halte er dies für ein tolles touristisches Angebot, die Strecke beinhalte fertiggestellt dann 60 km von Miltenberg, Amorbach, Walldürn nach Hardheim und zurück. Dies sei eine tolle Tagesstrecke und insofern sei jede Unterstützung wichtig.

Der Kreistag fasste einstimmig den

#### Beschluss:

Der Kreistag unterstützt die Initiativen der Gemeinde Hardheim und der Interessengemeinschaft Mühlenradweg Erftal zum Bau eines Radweges Hardheim-Riedern möglichst 2013.

Tagesordnungspunkt 10:

Fachakademie für Sozialpädagogik Aschaffenburg - Sachstandsbericht

Verwaltungsrat Rüth erläuterte:

In den Sitzungen des Kreisausschusses vom 12. Dezember 2011 und des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales vom 18. Juni 2012 wurde über den Trägerwechsel bei der Fachakademie für Sozialpädagogik in Aschaffenburg berichtet. Die bisher in kommunaler Trägerschaft des Landkreises geführte Fachakademie wird ab 01. August 2012 als staatlich anerkannte Ersatzschule durch die Caritas Schulen gGmbh weitergeführt.

Der neue Träger finanziert die Fachakademie vorrangig durch Betriebskostenzuschüsse des Freistaates Bayern. Die dadurch nicht gedeckten Betriebskosten werden durch Schulgeld

und kommunale Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Aschaffenburg sowie ggfs. durch Eigenmittel des Trägers ausgeglichen.

Soweit von Schülern bzw. Erziehungsberechtigten mit Wohnsitz im Landkreis Miltenberg Schulgeld erhoben wird, wird dies vom Landkreis Miltenberg in Form eines kommunalen Schulgeldersatzes finanziert. Inzwischen gibt es einen zwischen den Landkreisen Aschaffenburg und Miltenberg, der Stadt Aschaffenburg und der Caritas Schulen gGmbH abgestimmten Entwurf einer Kooperationsvereinbarung.

Aktuell befinden sich 39 Schülerinnen mit Wohnsitz Landkreis Miltenberg an der FakS.

Der Kreistag nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 11:

Anfragen

Es lagen keine Anfragen vor.

gez. gez.

Schwing Wagner
Vorsitzender Schriftführerin